



RATHAUS TELEGRAMM

Seite 2

INKLUSION

Gleichberechtigte Teilhabe an unserer Gesellschaft für Alle

Seite 3-4

MAX-PLANCK-INSTITUT

Offener Brief der SPD-Fraktion

STADTGESPRÄCH: DER NEUE FRANKENHOF UND „SOZIALE STADT“

Ausführliche Informationen oder einzelne Anträge senden wir Ihnen auf Wunsch gerne zu, schreiben Sie uns einfach eine Mail an spd@erlangen.de

Kreisverband und Fraktion der SPD luden im Rahmen der Reihe „Stadtgespräch“ zu einer weiteren gut besuchten Veranstaltung, diesmal mit MdB Florian Pronold, in den Frankenhof ein. In seiner Begrüßung betonte der Fraktionsvorsitzende Dr. Florian Janik die hohe Priorität, die die Zukunft des Frankenhofs für die Erlanger SPD hat. Kulturreferent Dr. Dieter Rossmeißl stellte die aktuellen Planungen vor.

Verbunden mit einer Generalsanierung sollen dort neben den schon bestehenden Kultur- und Freizeiteinrichtungen sowie den Vereinen Teile der Volkshochschule und die Sing- und Musikschule einziehen. Dadurch wird ein Zentrum für kulturelle Bildung entstehen, in dem sich die einzelnen Einrichtungen untereinander und mit Vereinen und Gruppen besser vernetzen können. Da das Hallenbad mangels Alternativlösung bei diesen Plänen bestehen bleiben muss, wird auch das Egloff-

ren ist, wird im nächsten Planungsschritt untersucht. Die Jugendherberge erfüllt allerdings nicht mehr die Anforderungen des Jugendherbergswerks und wird wohl aufgegeben werden müssen. Günsti-



Der Frankenhof: Zentrum für kulturelle Bildung

ge Übernachtungsmöglichkeiten soll es in Erlangen aber auch weiterhin geben.

Finanziert werden sollen die Kosten von etwa 15 Millionen für Sanierung und Umbauten vorrangig durch Förderung aus dem Programm „Soziale Stadt“ mit immerhin ca. 70% der Kosten, teilweise aber auch durch den Verkauf des Wildensteinschen und des Lynckerschen Palais (bisher VHS bzw. Sing- und Musikschule). Bei der Stadt selbst fällt ein jährlicher Finanzierungsaufwand von etwa 330.000 Euro für Zins und Tilgung an, die durch Gebäudeoptimierung und Einsparungen erwirtschaftet werden sollen.

Beim Aspekte „Soziale Stadt“ setzte der SPD-Landesvorsitzende Florian Pronold an. Er informierte über die Ziele des 1999 von Rot-Grün geschaffenen Förderprogramms, mit dem nicht nur Gebäude saniert werden, sondern auch das Zusammenleben in Stadtteilen und das



2x Florian: Landesvorsitzender der SPD F. Pronold und Fraktionsvorsitzender Dr. F. Janik während der Veranstaltung steinsche Palais mit den Kursräumen der Volkshochschule belegt bleiben.

Ob und wie das Jugendgästehaus im Frankenhof weiter untergebracht werden kann und wie dies gegebenenfalls zu finanzie-

Entstehen sozialer Einrichtungen, wie zum Beispiel Begegnungsstätten, gefördert werden soll.

Durch die schwarz-gelbe Bundesregierung ist das Programm nun massiv gefährdet. Die Ausgaben sollen mehr als halbiert und nur noch Baumaßnahmen gefördert werden, aber nicht der Betrieb von sozialen und kulturellen Einrichtungen. Gegen diese, dem Sinn des Programms widersprechenden, Kürzungen und Einschränkungen wehrt sich die Bundestagfraktion der SPD gemeinsam mit Städten, Gemeinden und Landkreisen massiv. Denn das Programm „Soziale Stadt“ hat nicht nur zu hohen privaten Zusatzinvestitionen in den Kommunen geführt, sondern auch erfolgreich den sozialen Zusammenhalt in den Nachbarschaften und Stadtvier-

eln gefördert. Innovative Städte, die die Möglichkeiten dieses Programms schnell



erkannt hatten, sanierten damit große Teile ihrer Innenstädte oder Problemgebiete – Erlangen gehörte im Gegensatz zu Fürth oder Nürnberg zunächst nicht dazu. Ursula Lanig wies auf den dadurch angehäuften gewaltigen Sanierungsstau hin, der mit dem Projekt „neuer Frankenhof“ endlich angegangen wird: Ein attraktives soziokulturelles Zentrum für alle – mitten in der Stadt. ■

GERÄUSCHKULISSE VON KINDERN ZUMUTBAR

„Wir sind froh, dass die unhaltbaren Zustände endlich durch eine Gesetzesinitiative beseitigt werden.“ Mit diesen Worten begrüßt die SPD-Bundestagsabgeordnete Marlene Rupprecht, Vorsitzende der Kinderkommission des Bundestags, den jetzt vorliegenden Entwurf des Bundesumweltministeriums zur Klarstellung zum Lärmschutz und in der Baunutzungsverordnung. Er sieht unter anderem vor, dass

Geräuscheinwirkung von KiTas, Spiel- und Bolzplätzen und ähnlichen Einrichtungen demnach künftig keine „schädliche Umwelteinwirkung“ mehr darstellen soll: „Bei der Beurteilung der Geräuscheinwirkungen dürfen Immissionsgrenz- und -richtwerte nicht herangezogen werden“, da Kinderlärm „Ausdruck der kindlichen Entwicklung und Entfaltung und daher grundsätzlich zumutbar ist“. ■

INKLUSION IM BILDUNGSSYSTEM

SPD FÜR BREITEN DIALOGPROZESS

Der Anspruch behinderter Menschen auf Inklusion, der sich politisch aus der Forderung nach Chancengleichheit und Teilhabe für alle Menschen und rechtlich aus der UN-Behindertenrechtskonvention ableitet, ist für alle gesellschaftlichen Bereiche eine enorme Herausforderung. Inklusion bedeutet, unsere Gesellschaft so zu gestalten, dass Menschen mit Behinderung von vorneherein eingeschlossen sind und ihre spezifischen Bedürfnisse berücksichtigt werden. Auch das bayerische Bildungssystem, das in mehrfacher Weise selektiert statt integriert, muss daraufhin überdacht werden. Angesichts der Vielzahl von Einrichtungen und Strukturen, die Behinderten derzeit zur Verfügung stehen, ist dies jedoch ein schwieriger Veränderungsprozess, der ausführlich diskutiert und vorbereitet werden muss. Ziel muss

es sein, die Teilhabemöglichkeiten schrittweise zu erweitern, ohne die Qualität der besonderen Unterstützung für behinderte Menschen zu vermindern: Inklusion darf nicht zum Vorwand für Einsparungen werden!

Die SPD-Fraktion hat im vergangenen Jahr die Stadt aufgefordert, zum Einstieg in die Debatte über Inklusion einen Dialogprozess mit allen Beteiligten (u.a. VertreterInnen der Behinderten, der Bildungseinrichtungen, Eltern und Lehrer) zu organisieren und Fortbildungen zu diesem Thema anzubieten. Im Schulausschuss wurden die Vorschläge der SPD jetzt angenommen. Auch im Bildungsrat wird Inklusion auf Antrag von SPD-Sprecherin Barbara Pfister in diesem Jahr behandelt. ■

Gelebte Inklusion
- ein Filmtipp:
klassenleben.de

MAX-PLANCK-INSTITUT AM EXERZIERPLATZ

OFFENER BRIEF DER SPD-STADTRATSFRAKTION

Die Fraktion und der Kreisverband setzen sich für die Errichtung des Max-Planck-Instituts für die Physik des Lichts in Erlangen ein. Deshalb wird auch der universitätsnahe Standort an der Staudtstraße unterstützt. Die wichtigsten Gründe für diese Entscheidung werden im Folgenden noch einmal zusammengefasst:

Seit Jahren hat sich die SPD in Erlangen und Bayern dafür eingesetzt, den Zustand einer Max-Planck-freien Zone in Nordbayern zu beenden, weil es unserer Meinung nach ein untragbarer Zustand ist, dass sich alle diesbezüglichen Einrichtungen und deren Forschungsschwerpunkte in Südbayern befinden. Der Beschluss der Max-Planck-Gesellschaft, in Erlangen nun mit dem Institut für die Physik des Lichts 2009 das erste MPI in Nordbayern zu errichten, fand allgemein große Zustimmung – bei Stadt und Universität, aber auch in der Bevölkerung. Die Argumente der MPI-Gegner an diesem Standort sind zwar – aus Ihrer Interessenlage heraus – nachvollziehbar, dennoch sind auch andere wichtige Aspekte zu berücksichtigen, so dass die SPD-Stadtratsfraktion einstimmig und der SPD-Kreisvorstand mit einer Enthaltung **die Entscheidung für einen Bau an der Staudtstraße nach intensiver Diskussion eindeutig befürworten.**

Sicher, der geplante Neubau wird an einem Standort errichtet, bei dem zunächst nicht ersichtlich ist, dass es sich um Bauland handelt. Vielmehr scheint das Gelände eine Einheit mit dem direkt angrenzenden Naturschutzgebiet Exerzierplatz zu bilden und hat sich deswegen in den letzten Jahren zu einem Naherholungsgebiet für die AnwohnerInnen entwickelt. Der Protest der AnwohnerInnen ist daher verständlich, lässt aber außer Acht, dass das Gelände eine dem Freistaat Bayern gehörende Bau-Vorbehaltsfläche für Universität und universitätsnahe Einrichtungen ist, und als solche auch – für alle öffentlich einsehbar – im Flächennutzungsplan von 2003 dargestellt wird.

Um die heutige Situation nachvollziehen zu können, ist ein Blick in die Historie notwendig: nach dem Abzug der amerikanischen Truppen aus Erlangen hat die Stadt den heutigen Röthelheimpark einschließlich des heutigen Naturschutzgebiets vom Bund erworben. Allerdings hatte der Freistaat Bayern ein Vorkaufsrecht, von dem er auch Gebrauch machte und die Fläche entlang der Staudtstraße erwarb, um der Universität im Südgelände langfristig weitere Entwicklungsmöglichkeiten zu sichern. Die heute zur Debatte stehenden Flächen sind also nicht im Eigentum der Stadt. Damals hat die SPD Erlangen diesen Ankauf zu verhindern versucht und sich dafür eingesetzt, dass die gesamte Fläche als Naturschutzgebiet ausgewiesen wird.

Leider fehlten dafür die notwendigen politischen Mehrheiten im Erlanger Stadtrat und auch im bayerischen Landtag. Damit waren die Weichen für die heute anstehende Bebauung gestellt. Hinzu kommt, dass die schwarzgelben Mehrheiten in den vergangenen Jahren auf Grund der von Ihnen zu verantwortenden Entscheidungsfindung auch keine Alternativstandorte für diese Hochschuleinrichtungen haben suchen und prüfen lassen, und Erlangen aufgrund schwarzgelber Planungsfehler heute kaum über ausreichende Entwicklungsflächen verfügt, die auch im Zugriff der Stadt stehen. Und selbst wenn städtische Flächen zur Verfügung stünden, wäre eine erforderliche zeitnahe Lösung nicht realisierbar.

Auf Basis dieser Situation haben die Universität und der Freistaat Bayern in den vergangenen Jahren die weitere Entwicklung des Uni-Südgeländes konzeptioniert und teilweise bereits umgesetzt, wie an der Bautätigkeit abzulesen ist. Zu dieser Konzeption gehört auch die Ansiedlung dieser bundesweit einmaligen Forschungseinrichtung: des MPI für die Physik des Lichts. Der künftige Erfolg in der Zusammenarbeit der Universität und des MPI in Forschung und Entwicklung ist auch auf die enge räumliche Verflechtung mit dem Uni-Südgelände angewiesen. Es geht jetzt also nicht nur um die Ansiedlung des Max-Planck-Instituts, sondern um die weitere Entwicklung des gesamten Uni-Südgeländes am Wissenschaftsstandort Erlangen. Die Max-Planck-Gesellschaft hat im Vertrauen auf die bereits vor vielen Jahren festgelegten raumplanerischen Rahmenbedingungen entlang der Staudtstraße ihre Standortentscheidung getroffen und eine Planung entwickelt. **Bei einer Ablehnung des Bebauungsplans zum jetzigen Zeitpunkt besteht neben möglichen Schadensersatzansprüchen die sehr konkrete Gefahr, dass das MPI an einem anderen Standort außerhalb Erlangens angesiedelt wird.**

Wir sehen leider nicht die Möglichkeit, zu einer anderen Standortentscheidung zu kommen, weil einfach keine Ausweichflächen (mehr) zur Verfügung stehen und wir keinen Zweifel daran lassen wollen, dass das MPI als wegweisende Einrichtung nach Erlangen kommen muss. **In der Diskussion werden dazu immer wieder Behauptungen aufgestellt, die der Realität nicht standhalten:**

Ein anderer Standort für das MPI sei möglich: Vom MPI wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass man zwar über die Lage des MPI innerhalb der vorhergesehenen Fläche an der Staudt-Straße reden könne, alle anderen Vorschläge aber nicht akzeptabel seien. Eine größere fußläufige Entfernung zwischen MPI und den wichtigen Instituten der FAU ist kontraproduktiv. Der bisherige, mittlerweile auch zu kleine Standort der Max-Planck-Forschungsgruppe in der Schwarowsky-Straße hat gezeigt, dass für alle Beteiligten (StudentInnen wie ForscherInnen) eine zu große räumliche Distanz der Integration des MPI in den Alltag des Universitätsbetriebs entgegensteht. Deswegen legt das MPI großen Wert auf genau diesen Standort, auf einem Grundstück, das dem Freistaat Bayern gehört und seit 1995 für derartige Bebauung vorgesehen ist.

Der Standort an der Hartmannstraße wäre geeignet: Diese Fläche ist nicht im Eigentum des Freistaats, sondern der Stadt. Neben planungsrechtlichen Problemen bleibt also die Frage, ob der Freistaat bereit und willens wäre, es hier zu einem Grundstückstausch/-neukauf o.ä. kommen zu lassen. Dies kostet erfahrungsgemäß Zeit, die für die schnelle Realisierung des MPI-Baus nicht vorhanden ist. Noch wichtiger ist ein weiterer und nicht zu verhindernder Zeitverlust: Im gegenwärtigen Flächennutzungsplan ist die Fläche an der Staudtstraße für universitäre bzw. universitätsnahe Einrichtungen vorgesehen, die Fläche an der Hartmannstraße ist jedoch für Anderes (z.B. für zeitweilige Veranstaltungen wie Zirkus etc.) vorgesehen. Die planungsrechtlichen Umwidmungen kosten ebenfalls Zeit (vermutlich Jahre). Diese Zeit haben wir jedoch nicht, denn das MPI ist ein in der Universitätslandschaft in ganz Bayern äußerst umworbener Partner.

Das MPI bleibe auf jeden Fall in Erlangen: Diese Aussage ist falsch. Es gibt erstens keine Alternativfläche (Hartmannstraße geht aus o.a. Gründen nicht), die sofort verfügbar wäre. Wichtig ist aber zweitens folgender Aspekt: Die entscheidenden WissenschaftlerInnen arbeiten natürlich derzeit an der hiesigen Uni, wohnen im Raum Erlangen usw. und würden sicher auch gerne hier bleiben. Aber jede und jeder, der angesichts der Internationalisierung der Wissenschaft berufliche Karrieren verfolgt, weiß, dass auch sehr kurzfristige Umzüge über größere Distanzen kein Problem darstellen dürfen. Es ist bekannt, dass andere nordbayerische Universitätsstandorte und auch München sich die Hände reiben würden, wenn es am Standort Erlangen zu größeren Konflikten, Planungs-

verzögerungen und Unsicherheiten käme, und dass sie auch heute schon über geeignete universitätsnahe Flächen und Infrastruktur verfügen. Es wäre nur eine Frage kürzester Zeit, bis die Standortentscheidung revidiert wird und man von Erlangen wegzieht. Was das für den Wissenschaftsstandort Erlangen auf Dauer bedeuten und mit welcher international wahrgenommenem Renommée-Verlust die hiesige Universität konfrontiert werden würde, muss nicht weiter betont werden. Für Fraktion und Kreisverband gibt es deshalb zum derzeitigen Standort keine Alternative, und, um der Arbeitsplatzentwicklung und der wissenschaftlichen Reputation in Erlangen willen, werden wir der vorhergesehenen Bebauung zustimmen.

Uns ist bewusst, dass wir uns damit eindeutig im Konflikt zwischen Wissenschaft/ Ökonomie einerseits und Nachbarschaftsbelangen andererseits (das Naturschutzgebiet bleibt im Bebauungsplan unangestastet) in einer Art und Weise positionieren müssen, die auch uns sehr unzufrieden werden lässt. Genau deshalb wollten wir ja in der Vergangenheit eine andere Planungsentscheidung und hätten - bei vorhandenen Mehrheiten - alles dafür getan, um die vorgesehene Fläche zu bewahren und alternative Lösungen zu suchen.

Dies war jedoch nicht von uns zu beeinflussen und ist auch nicht von uns zu verantworten.

Nun stehen wir heute vor einer konkreten Sachentscheidung unter Rahmenbedingungen, die wir uns auch nicht schöner „malen“ können. Wir müssen in der gegebenen Situation entscheiden, wohl wissend dass es dabei um das häufig zitierte „kleinere“ Übel geht. **Wir halten es jedoch für wichtig, in der Politik glaubwürdig und verlässlich zu bleiben:** Das heißt, sich auch solchen Situationen ehrlich zu stellen und nicht populistisch eine Realität zu negieren, um dann zu Entscheidungen zu kommen, die mittel- und langfristige schwer wiegende Nachteile für die ganze Stadt mit sich bringen.

Wir werden selbstverständlich im Rahmen des weiteren Verfahrens darauf dringen, dass **mögliche negative Folgen für das angrenzende Naturschutzgebiet und die Naherholung durch geeignete Maßnahmen soweit wie nur möglich minimiert werden.** Dies gilt insbesondere für Planung von Wegeverbindungen und den boden- und landschaftsschonenden Bau des MPI. ■